

**Landrat des Kreises Groß-Gerau
-Waffen- und Sprengstoffrecht-
Wilhelm Seipp Str. 4**

64521 Groß-Gerau

Antrag auf Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung nach § 34 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz zur Vorlage bei einem staatlichen oder staatlich anerkannten Lehrgang für den Erwerb und Umgang mit explosionsgefährlichen Stoffen im nicht gewerblichen (privaten) Bereich für Vorder- Wiederlader, Böller

Angaben zur Person (zutreffendes bitte ausfüllen oder ankreuzen)

1	Name	Familiename, Geburtsname, Vornamen		
2	Geburtsdaten, Staatsangehörigkeit	Geburtsdatum	Geburtsort und Kreis	Staatsangehörigkeit
3	Beruf	erlernter Beruf		derzeit ausgeübter Beruf
4	Wohnung	Straße, Hausnummer, PLZ, Ort		
5	Nebenwohnung	Straße, Hausnummer, PLZ, Ort		
6	Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland	ununterbrochen in der Bundesrepublik wohnhaft seit	erstmalig wohnhaft in der Bundesrepublik im Jahr	
		Wohnungen in den letzten 5 Jahren (Jahr, Gemeinde, Landkreis, Land)		
7	Geburtsname eines Elternteils	Geburtsname der Mutter	oder	Geburtsname des Vaters
8	Hatten Sie bereits früher eine Unbedenklichkeitsbescheinigung oder Sprengstofflerlaubnis beantragt?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
9	Sind Sie wegen einer Straftat innerhalb der letzten fünf Jahre verurteilt worden oder wird z. Zt. ein Ermittlungsverfahren gegen Sie geführt?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		

Sofern Sie telefonisch, durch Telefax oder eMail zu erreichen sind, können Sie die Verbindungen hier angeben.

Vorwahl: Rufnummer: Faxnummer: Email:

Hiermit versichere ich, dass ich die für die beabsichtigte Tätigkeit des Umgangs mit explosionsgefährlichen Stoffen erforderliche körperliche Eignung besitze, sowie weder trunk- noch rauschmittelsüchtig bin.

- Zur körperlichen Eignung gehören die ausreichende Seh- und Hörfähigkeit, Farbtüchtigkeit,
- volle Gebrauchsfähigkeit der Hände – ggf. unter Verwendung von Hilfsgeräten –

Weiterhin versichere ich, dass ich die Angaben wahrheitsgemäß nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

Ich nehme davon Kenntnis, dass im Rahmen des Verwaltungsverfahrens die Behörde uneingeschränkte Auskünfte aus dem Bundeszentral- und Erziehungsregister, dem staatsanwaltlichen Verfahrensregister einholt, sowie die zuständige Polizeidienststelle darüber hört, ob ein Ermittlungsverfahren gegen mich anhängig ist oder ob Anhaltspunkte für eine Geschäftsunfähigkeit, eine beschränkte Geschäftsfähigkeit, eine Suchtkrankheit, eine Geisteskrankheit oder –schwäche vorliegen.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)